



Fachgewerkschaft der Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer in Sachsen-Anhalt

Merseburg, 03.02.2017

Pressemitteilung zur Regierungserklärung zur Unterrichtsversorgung von Minister Tullner

Bildungsminister Tullner verspricht ... Philologenverband erwartet Handeln ...

Bildungsminister Marco Tullner will mit einem Katalog von Maßnahmen die Unterrichtsversorgung langfristig und nachhaltig sichern und Sachsen-Anhalts Schulen fit für die Zukunft machen. Um gegen den Lehrermangel vorzugehen, will der Bildungsminister im kommenden Schuljahr 500 bis 750 neue Lehrer einstellen. Er verspricht, alle durch Altersabgänge freiwerdenden Stellen neu zu besetzen. Bis 2020 will er für 15.500 Vollzeitstellen an allen Schulen sorgen, das wären – bei weiter anwachsenden Schülerzahlen – gerade einmal 500 Stellen mehr als jetzt.

Wichtigstes Ziel sei es, die Unterrichtsversorgung trotz des Lehrermangels zu gewährleisten, so Minister Tullner. Die Bildung müsse verlässlicher werden und benötige ein neues Fundament. Unterrichtsausfall bringe Eltern und Schüler zu Recht auf die Palme.

Das ist zu wenig, Herr Minister, und nicht nur Eltern und Schüler beschweren sich.

Der angestrebte Einstellungsumfang ist schon heute nicht ausreichend, um die Schulen aller Schulformen verlässlich mit Lehrkräften auszustatten. Die anvisierten Einstellungszahlen, so alle Stellen auch besetzt werden können (was in den letzten Jahren nie der Fall war), reichen selbst im kommenden Schuljahr nicht aus, Personalabgänge, Schüleraufwächse und auf Grund der Altersstruktur und ständig anwachsender, zusätzlicher Belastungen zunehmende Krankenstände zu kompensieren.

Seit Jahren sind viele Schulen aller Schulformen, besonders Sekundarschulen, chronisch unterversorgt. Die Personalknappheit wurde durch das zuletzt von der SPD geführte Kultusministerium unter Minister Dorgerloh durch massive Kürzungen in der Stundentafel und der Zuweisung von Lehrerstunden sowie großflächiger Streichungen von pädagogischen Angeboten, also durch massive Absenkung von pädagogischen Standards vertuscht. Diese Fraktion fordert heute lautstark eine personelle Aufstockung, obgleich sie fünf Jahre Gelder in unsinnigen und teuren Schulstrukturveränderungen verbrannt hat, statt sich um eine angemessene Personalausstattung bestehender Schulen zu kümmern.

Vollmundig versprochen die Kenia-Koalitionäre eine Unterrichtsversorgung von 103 %. Schauen wir uns die Realität an unseren Schulen an, wären mindestens 106 % notwendig, um Unterricht und Unterrichtsvertretung angemessen abzusichern. Im ersten Jahr ihrer Regierung gelang nicht einmal eine flächendeckende 100 %-ige Unterrichtsversorgung. Und dies, trotz weiterer Kürzungen in den Stundenzuweisungen der Schulen. Statt gemeinsam und bei vorhandenem Haushaltsüberschuss in Millionenhöhe für einen Einstellungskorridor von weit über 700 Planstellen zu ringen, zerreißt man sich angesichts anstehender Bundestagswahlen im landesparteilpolitischen Kleinklein.

Dringend notwendig ist es nicht allen Lehramtsstudenten, die in Sachsen-Anhalt ihre Ausbildung absolvieren, eine Stelle anzubieten, sondern sie als künftige Lehrerinnen und Lehrer auch tatsächlich in Lohn und Arbeit zu bringen. Dies gelingt nur noch in den größeren

Philologenverband Sachsen-Anhalt
Landesgeschäftsstelle
Sixtistrae 16 a, 06217 Merseburg
Tel.: (0 34 61) 20 35 62, Fax: (0 34 61) 41 54 58
Email::kontakt@phvsa.de, Internet: www.phvsa.de

Städten in Sachsen-Anhalt und schon längst nicht mehr in allen Schulformen. Notwendig sind attraktive Stellenangebote im ländlichen Raum und starke und attraktive Sekundarschulen, um dem regionalen Personalnotstand wirkungsvoll zu begegnen. Neue Online-Bewerbungsverfahren bringen weder neue Planstellen noch erhöhen sie die Attraktivität betroffener Schulstandorte.

Quereinsteiger werden zur Absicherung der Unterrichtsversorgung notwendig sein. Diese sind jedoch bei allem Engagement und fachlicher Professionalität jedoch ein Notnagel ohne vollwertige zweistufige, schulformbezogene und vor allem pädagogisch-methodische Ausbildung. Diese Form der Personalbeschaffung kann nicht zum Normzustand der Unterrichtsversorgung werden.

Nach Jahren der Kürzungen in Studentafeln, Anrechnungsstunden und Lehrerstundenzuweisungen ist es zwingend geboten, nicht weiter den Mangel zu verwalten, sondern frühere pädagogische Mindeststandards zurückzugewinnen und endlich zur Umsetzung der Ziele der Koalitionsvereinbarung zu kommen. 103 % Unterrichtsversorgung sind ein zu erfüllender Mindeststandard.

Auch haben die Schulen überhaupt kein Interesse daran, im Zuge der weiteren Erhöhung der Eigenständigkeit, die Ergebnisse der schulpolitischen Misswirtschaft der vergangenen Jahre auszubaden. „Die Schulleitungen bestimmen dann selbst über Personen und pädagogische Konzepte und darüber wie viel Geld in Lehrmittel oder in Personal investiert wird.“ Diese Forderung der Grünen geht an den Wünschen der Schulen und der bildungspolitischen Realität vorbei. Kein Schulleiter in der Altmark möchte sich im Konkurrenzkampf mit den Städten Halle und Magdeburg um sein künftiges Personal selber sorgen müssen. Finanzielle Eigenverantwortung heißt nicht, ein vierstelliges Schulbudget in 150 €-Scheiben zu bewirtschaften. Lehrerinnen und Lehrer erwarten von der Landesregierung eine fachgerechte und umfängliche Personalausstattung und mehr wirkliche eigenverantwortliche Haushaltsführung, mit entsprechender Personalzuweisung oder angemessener Erhöhung von Entlastungsstunden.

Der Philologenverband fordert vom Bildungsministerium:

- Mindesteinstellungszahlen von 800 Lehrerinnen und Lehrern in den Schuljahren 2017/18 und 2018/19,
- verbindlich höhere Richtwerte und Stellen für Schulsozialarbeiter und pädagogische Mitarbeiter an allen Schulformen,
- Öffnung der Ganztagsangebote für alle Schulformen mit verlässlicher personeller und finanzieller Ausstattung,
- Wiedereinführung angemessener pädagogischer Standards,
- Erhöhung der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren,
- attraktive Stellenangebote für Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst,
- bedarfsgerechte Einstellungen von Quereinsteigern im befristeten Anstellungsverhältnis und deren schulformbezogene Qualifizierung zur Erlangung einer zweiten Lehrbefähigung und des zweiten Staatsexamens.

Thomas Gaube
Landesvorsitzender des PhVSA